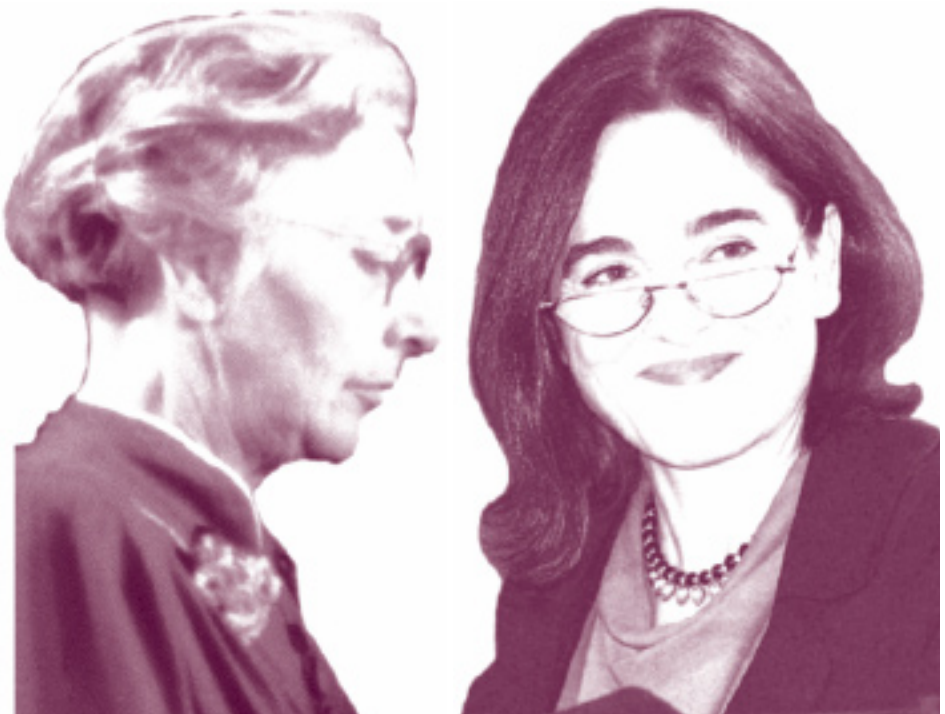


# **Geschichte einer Preisverleihung**

**Louise-Schroeder-Medaille 2002 für Daniela Dahn**





# **Geschichte einer Preisverleihung**

**Louise-Schroeder-Medaille 2002 für Daniela Dahn**

*Diese Broschüre ist eine Publikation der Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden*

Herausgeberin: Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin

V.i.S.d.P.: Evrim Baba

Redaktion: Helga Elias

Titel & Layout:

Katrin Bienert, Mattias Koks

warenform - kommunizieren & gestalten

[www.warenform.net](http://www.warenform.net)

Druck:

Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: August 2002

Auflage: 500

Kontakt:

Evrin Baba Mda, frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion

[www.evrinbaba.de](http://www.evrinbaba.de)

[evrin.baba@pds.parlament-berlin.de](mailto:evrin.baba@pds.parlament-berlin.de)

Tel. 030/2325 2559, Fax. 030/2325 2565

Arbeitskreis Feministische Politik der PDS-Fraktion

Koordination: Helga Elias

[helga.elias@pds.parlament-berlin.de](mailto:helga.elias@pds.parlament-berlin.de)

Tel. 030/2325 2592, Fax. 030/2325 2595

## Inhalt

Vorwort Evrin Baba	<i>Seite 7</i>
Festrede Klaus Wowerit	<i>Seite 11</i>
Laudatio Egon Bahr	<i>Seite 13</i>
Dankesworte anlässlich der Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille Daniela Dahn	<i>Seite 17</i>
Daniela Dahn und die Louise-Schroeder-Medaille Das wahre Leben im falschen Gunnar Decker	<i>Seite 21</i>
Louise Schroeder 1889 – 1957	<i>Seite 27</i>
Die ausgefallene Ehrung Dr. Gesine Löttsch	<i>Seite 29</i>
Die Einigung nach der Blamage Martina Michels	<i>Seite 31</i>
Beschluss, Mitteilung zur Kenntnisnahme, Allgemeine Anweisung, Landespressedienst, Entwurf des Antrages	<i>Seite 33</i>
Daniela Dahn Biografie	<i>Seite 41</i>
Fotonachweis, Quellenverzeichnis	<i>Seite 43</i>



## Vorwort

Die Geschichte einer Preisverleihung soll mit dieser kleinen Publikation dokumentiert werden. Daniela Dahn erhielt auf Vorschlag der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin im April 2002 die Louise-Schroeder-Medaille. Diese Auszeichnung wird seit 1998 vergeben. Mit ihr sollen Persönlichkeiten und Institutionen geehrt werden, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung tragen, für Demokratie und Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern stehen. Die erste Preisträgerin war die Schriftstellerin und Publizistin Carola Stern, es folgten die frühere Schulsenatorin und Parlamentspräsidentin Dr. Hanna-Renate Laurien und der südost EuropaKultur e.V.



2001 scheiterte die geplante Preisverleihung für Regine Hildebrandt am Parteienzwist. Die Preisverleihung 2002 an Daniela Dahn fand eine Mehrheit von SPD und PDS im Präsidium des Abgeordnetenhauses.

In Daniela Dahn wird eine Frau geehrt, die mit ihrem unverstellten Blick auf den Alltag der Menschen dazu beiträgt, Widersprüche und Ungerechtigkeiten aufzudecken. Sie ist eine couragierte und geistreiche Betrachterin der gesellschaftlichen Realität.

Wir haben Daniela Dahn ausdrücklich zu danken, dass sie sich vom Parteiengerangel um den Preis und ihre Person nicht schrecken ließ und sich der Ehrung nicht entzog. Auch darin erweist sie sich der Medaille würdig. Offensiv ist Daniela Dahn der Arroganz und Ignoranz gegenüber Menschen aus der DDR in der heutigen Gesellschaft entgegengetreten. Sie kann Konflikte nicht nur benennen, sondern steht selbstbewusst und kämpferisch in aller Öffentlichkeit zu ihren Positionen.

Wir danken ihr für die Worte, die sie uns anlässlich der Preisverleihung mit auf den Weg gegeben hat. Konflikte können und müssen offen ausgetragen werden. Bei vielen Menschen haben die Auseinandersetzungen, die mit der Preisverleihung verbunden waren, neues Nachdenken und Überprüfen von Vorurteilen ausgelöst. Die Louise-Schroeder-Medaille selbst ist mehr in das öffentliche Bewusstsein gerückt als zuvor. Nicht zuletzt hat die offene und kontroverse Diskussion dazu geführt, die Debatte im Parlament so weiterzubringen, dass in einem Kuratorium auch Persönlichkeiten außerhalb des Parteiengefüges bei der Entscheidungsfindung über die Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille in den folgenden Jahren mitentscheiden werden.

*Evrin Baba, MdB  
Frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion*



*Klaus Wowereit, Daniela Dahn und Martina Michels (v.l.n.r.)*



# **17. April 2002**

**Verleihung  
der Louise-Schroeder-Medaille  
an Daniela Dahn  
im Roten Rathaus von Berlin  
durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin,  
*Klaus Wowereit***

**Laudatio für Daniela Dahn  
*Egon Bahr***

**Dankesworte anlässlich der Verleihung  
der Louise-Schroeder-Medaille  
*Daniela Dahn***



## Daniela Dahn mit Louise-Schroeder-Medaille geehrt

*Festrede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit*

**A**bgeordnetenhaus und Senat ehren mit Daniela Dahn eine Berlinerin, der es in all ihrem Wirken vor allem um Gerechtigkeit geht - Gerechtigkeit zwischen Ost und West, zwischen Mann und Frau, im Rechtsstaat und in der Arbeitswelt. Nach dem Journalistik-Studium in Leipzig und einer Tätigkeit beim Fernsehen der DDR sind Sie, verehrte Frau Dahn, seit 1981 als freie Schriftstellerin tätig. Sie haben schon in Zeiten der DDR auf Ihre Meinung gepocht, in dieser Zeit haben Sie mehr riskiert als Sie heute in unserer freien Gesellschaft aushalten müssen. Sie gehörten im Wende-Herbst 1989 zu den Mitbegründerinnen des „Demokratischen Aufbruchs“, einer der Keimzellen der Bürgerrechtsbewegung. Seit dieser Zeit haben Sie zahlreiche Bücher und publizistische Beiträge verfasst, die viel öffentliche Beachtung gefunden haben.

Ihr großes Thema ist der Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung. Sie analysieren und kritisieren scharf und Sie haben durch klare Worte so manchem Unbehagen der Menschen in den ostdeutschen Ländern Ausdruck verliehen. Indem Sie die Dinge auf den Punkt bringen, setzen Sie sich Ihrerseits zwar vielfältiger Kritik aus. Aber nur dadurch entsteht die Debatte, die oft auch Lösungen und Verbesserungen erst möglich macht.

Sie haben einmal zu Recht gesagt: Schriftsteller sind nicht da, um Harmoniebedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Da stimme ich mit Ihnen überein: Lieber einen sinnvollen Konflikt geführt als Probleme zu verdrängen.

Sie kämpfen dafür, dass nicht nur dem Recht zu seinem Recht verholfen wird, sondern dass es dabei auch gerecht zugeht. Und wer scharf analysiert und kritisiert, riskiert fast zwangsläufig die eine oder andere Verletzung.

Aber: Wir sollten es uns mit der Kritik, die Frau Dahn formuliert, nicht zu einfach machen. Wir sollten vor allem danach fragen, wie es dazu kommen konnte, dass eine Mitbegründerin des „Demokratischen Aufbruchs“ heute, gut 11 Jahre nach der deutschen Vereinigung, so weit geht in ihrer Kritik. Ist es nicht verständlich, dass massenhaft erlebte Arbeitslosigkeit auch zu Zweifeln an der Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates führen? Sollten wir nicht die scharfe Kritik von Frau Dahn eher als Ansporn verstehen, ständig nach Möglichkeiten der Verbesserung zu suchen - auch um damit die innere Einheit voranzubringen?

Verehrte Frau Dahn, Berlin dankt Ihnen mit der Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille für Ihr Engagement. Der Sinn der Louise-Schroeder-Medaille liegt aber vor allem in der Ermutigung zur Einmischung und zur Übernahme von Verantwortung für unser Gemeinwesen. Das ist das Vermächtnis Louise Schroeders, dieser großartigen und unvergessenen Berlinerin, an die wir mit der Verleihung der nach ihr benannten Medaille erinnern.



## „Sie arbeitet für eine kämpferische Demokratie“

*Laudatio von Egon Bahr*

Zu Beginn möchte ich um Verständnis für eine persönliche Bemerkung bitten. Als mich vor etwas mehr als 36 Stunden der Chef des Senatsprotokolls mit der Frage überfiel, ob ich heute hier aus diesem Anlass sprechen würde und die Vorgesetzte berichtet hatte, ging die Tendenz überwiegend zu einer negativen Antwort. Von der Kurzfristigkeit abgesehen lag das daran, dass sehr leicht ausrechenbar war, wie leicht es die Gegner dieser Verleihung haben würden, Klischees der Namen Dahn und Bahr zu addieren, was von allem anderen abgesehen ungerecht gegenüber der Auszuzeichnenden wäre. Dass ich positiv entschied, lag an vier Frauen.

Die erste ist Louise Schröder, weil ich sie gekannt und verehrt habe. Die zweite ist Hildegard Hamm-Brücher. Wir hatten vorgestern nur ein paar Stunden vor dem freundlichen Überfall für den ORB über den Zustand des Landes, das notwendige Engagement für die Demokratie und auch darüber diskutiert, dass gerade die Älteren weniger gebunden an Parteiloyalität und Wahlkampfücksichten, von der Freiheit der Meinungsäußerung Gebrauch machen sollten, die jedermann und jeder Frau zustehen. Diese Diskussion wird nun heute Abend gesendet und ich bekam das Gefühl, ich dürfe nicht kneifen. Der Name der dritten Frau ist Regine Hildebrandt. Sie hätte im letzten Jahr die Trägerin der Louise-Schröder-Medaille sein sollen, nach Carola Stern, Hanna-Renate Laurien und Bosiljka Schedlich (*südost-Europa-Kultur e.V.*). Aber für die Ehrung der ehemaligen brandenburgischen Ministerin fand sich 2001 keine Mehrheit. Ich finde das erschreckend beschämend und hoffe, dass es einigen, die dafür verantwortlich gewesen sind, nachträglich leid tut. An Regine Hildebrandt heute zu erinnern ist mir ein tiefes Bedürfnis.

Das hätte, wie ich sie einschätze, wohl auch die vierte Frau getan, Rita Süßmuth, für die ich eingesprungen bin. Frau Süßmuth hat mir das leicht gemacht, weil sie ihre Zusage zur Laudatio für Daniela Dahn in Kenntnis des Vorgangs im letzten Jahr und in Kenntnis der Tatsache gegeben hat, dass die Vertreterinnen der CDU gegen den Vorschlag gestimmt haben und die der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen nicht anwesend gewesen sind. Mit ihrer Zusage hat Frau Süßmuth meinen seit vielen Jahren gewachsenen Respekt vor ihr bestätigt für Unabhängigkeit und Eigenständigkeit ihrer Haltung, auch wenn sie nicht immer der Mehrheit ihrer Partei entsprach.

Ihr wird es ähnlich wie mir gegangen sein: Die Namen Louise Schröder und Daniela Dahn zusammenzudenken, fällt einem auf Anhieb nicht ein. Die Persönlichkeiten der beiden sind sehr unterschiedlich, die Zeitumstände ihres Wirkens unvergleichbar. Vor meinen Augen erscheint das gütige Gesicht Louise Schröders, aus deren Mund ich keine intellektuell zugespitzte möglicherweise verletzende Formulierung vernommen habe, eine sanfte Frau der leisen warmen Töne, die in scheinbarem Gegensatz dazu ihren Standpunkt mit einer unbeirrbaren Festigkeit und Härte vertrat. Es gab damals Grund zur Sorge, ob denn eine schwache Frau die

Geschicke der Stadt in einer ihrer schwierigsten Lagen lenken könne. Es erwies sich, dass sie eine starke Frau war; ein Glücksfall war sie, die mit Instinkt und Verstand durch die gefährlichen Klippen einer labilen Lage steuerte. Nach Bruch des Magistrats und gegenseitigen Vorwürfen, die Spaltung der Stadt verschuldet zu haben. Die SED wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht gedeckt, die Oberbürgermeisterin amtierte unter dem Schutz von drei vorsichtigen Westmächten. Alle vier respektierten ihre natürliche Würde. In den acht Monaten vom Mai 1947 bis zum Januar 1948, als dann Ernst Reuter das Amt ausüben durfte, erwarb sie sich Vertrauen und Zuneigung. Die Menschen fühlten sich gut aufgehoben, die Mutter Berlins wurde sie genannt, die jedem Druck standhalten würde. Eine bewundernswerte großartige Frau, die zu allem noch in einer Verbindung lebte, die von der bürgerlichen Gesellschaft sehr abschätzig »unschicklich« genannt wurde. Sie lebte diese Gemeinschaft mit Paul Löbe, ohne zu provozieren. Kein Medium und kein Gegner hat diesen Umstand benutzt oder auch nur darauf angespielt. Es war in vielerlei Hinsicht eben eine andere Zeit. Louise Schröder und Elfriede Nepgen, die Lebensgefährtin Jakob Kaisers, waren die beiden Frauen, die mich zum ersten Mal von der politischen Ebenbürtigkeit mit den Männern überzeugt haben.

Ich habe diese Höhepunkte im Leben Louise Schröders hervorgehoben, weil ihr Mut und ihre Bescheidenheit keine Episode, keine Fußnote in der Geschichte der Stadt bleiben dürfen. Die überparteiliche Fraueninitiative hat Recht gehabt, eine solche Medaille vorzuschlagen, was von den Frauen des Abgeordnetenhauses aufgegriffen und zu der Stiftung geführt hat. Aber der zentrale Teil im Leben von Louise Schröder war ihre Arbeit für die Schwachen in der Gesellschaft - sie gehörte 1919 zu den Gründern der Arbeiterwohlfahrt - für die Rechte der Frauen im Bundestag bis zu ihrem Tod - schon im Reichstag kämpfte sie für die Reform des § 218.

Wenn ich die Frauen betrachte, die bisher mit der Louise Schröder-Medaille ausgezeichnet wurden, so hatte Carola Stern einen weiten Weg zurückzulegen, bevor sie von der FDJ-Funktionärin zur überzeugten Verfechterin von Demokratie und Frauenrechten wurde. Frau Laurien war auch nicht immer pflegeleicht. Frau Schedlich hat Eigeninitiative entwickelt. Frau Hildebrandt hatte zuweilen einen sehr unbequemen Kopf. Da passt Daniela Dahn hinein.

1949 im Gründungsjahr der DDR geboren, hat sie, mit 40 Jahren gerade einigermassen erwachsen geworden, wenn ich das aus der Erhabenheit meines Altersabstandes so sagen darf, einen weiten Weg zurückgelegt. In den neuen Staat kam sie als Fremde. Sie wollte trotzig »hier bleiben«, sie wollte nicht vergessen bei der Vertreibung ins Paradies, das keines sein kann. »Das ist nicht mein Land«, befand sie kategorisch und hat sich im Laufe der Jahre selbst dementiert. Sie begann Untersuchungen der Wirklichkeit, natürlich pointiert, und stellte fest: »Was nun nicht zusammenwächst, gehört nicht zusammen« und überprüfte kritisch und gallisch, gut recherchiert, die Ungleichheiten, beehrte gegen Verletzungen auf und kam so darauf, was da alles fehlt, damit zusammenwachsen kann, was zusammengehören soll. Ihr kämpferischer Essay »Westwärts und nicht vergessen« handelte schon »vom Unbehagen in der Einheit«, nicht etwa vom Unbehagen »an« der Einheit.

Wer diesen Essay nicht als Markstein in der Entwicklung der Publizistin versteht, sondern durch aus dem Zusammenhang gerissene oder falsche Zitate das Gegenteil zu beweisen sucht, der will nicht verstehen, und solche, verehrte Daniela Dahn, sind nicht zu belehren, auch nicht zu bekehren. Man darf sich nur nicht beirren lassen, und bitte, nicht zu sehr verletzen lassen. Wer scharf austellt, muss auch scharfe Schläge einstecken. Wir müssten an der Einheit verzweifeln, wollten wir an der Entwicklungsfähigkeit der Menschen zweifeln. Das gilt sogar für intelligente Menschen. Es darf schließlich nicht nur Bundeskanzlern vorbehalten bleiben, zu fragen: Was schert mich mein dummes Geschwätz von gestern?

Ich habe sie vor einigen Jahren im Willy-Brandt-Kreis kennen- und schätzen gelernt. Zuweilen schoss sie übers Ziel hinaus, war ungerecht und nicht frei von klassenkämpferischen Formulierungen. Aber was soll's? Sie war vor allem ehrlich. Die kontroversen Diskussionen haben alle bereichert und wir konnten uns auf die Analyse verständigen, was schiefgelaufen ist, woran es liegt, dass die innere Einheit fehlt und Vorbehalte sogar gewachsen sind, nicht durch Fremdheit, sondern durch Nähe und besseres Kennenlernen. Die gefährlichen Ungleichheiten in Ost und West sind ein Element der Ungleichheiten im Land und nicht das unwichtigste. Ich habe das beobachtet, wie Daniela Dahn von einer Rebellin zu einer Art Missionarin wurde, die nicht ablässt, Menschen zur Vernunft zu bekehren und eine gerechte Demokratie einzufordern. Und nur ungern gelten lässt, dass selbsterzeugter Zeitdruck und Machtinteressen im Vollzug der Einheit Fakten mit fast unkorrigierbaren Konsequenzen erzeugt hat. Schließlich hat die Autorin unter dem schillernden Titel »In guter Verfassung« gefragt, »wie viel Kritik braucht die Demokratie?«. Diese Arbeit markiert einen Durchbruch; denn ihre kämpferische Kritik ist nicht nur das Gegenteil von Resignation, sondern wäre ganz sinnlos ohne die Hoffnung, es könnte sich etwas bessern. Das geht bis zu handfesten Vorschlägen, was getan werden sollte und könnte, damit wir in eine gute Verfassung kommen, die der guten Verfassung entspricht. Wir, das ist die Gesellschaft, der Staat, in deren Mitte sich Daniela Dahn stellt. Sie zeigt sogar Sinn für früher negierte oder verachtete Machtfragen und begründet scharfsinnig das Bedürfnis von Reformen, im Westen wie im Osten, was die Zuversicht für Reformfähigkeit voraussetzt. Unser Land ist ihr Land geworden. Wer etwas ändern will, hängt daran. Wer unter dem Land leidet, liebt es.

Die strukturellen Fehler des Anfangs sind kaum zu reparieren, die Mängel an Beachtung der Mentalitätsunterschiede wirken weiter, der Abbau der so verschiedenen Sozialisierung der selbstverständlich gewordenen individualisierten und kollektiven Gesellschaften braucht Zeit. Daniela Dahn ist bemüht, diese Zeit zu verkürzen. Sie tut das auf ihre Weise, zum Widerspruch reizend, zur Auseinandersetzung zwingend, d.h.: sie arbeitet für eine kämpferische Demokratie. Eine solche Stimme braucht das Land. Die Louise Schröder Medaille ist eine neue Verpflichtung. Ich gratuliere dazu, Daniela Dahn.





## Dankesworte von Daniela Dahn

*anlässlich der Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille*

In einer Biographie über Louise Schroeder las ich, dass sie Auszeichnungen überhaupt nur hinnahm, um erhöhte Aufmerksamkeit für ihr sozialpolitisches Engagement zu erreichen. Das fand ich tröstlich und nachvollziehbar, scheint es mir doch die plausible Motivation, solche in politisch angespannten Zeiten fast voraussehbar mit Grabenkämpfen verbundene Prozedur, über sich ergehen zu lassen. In diesem Sinne danke ich den frauenpolitischen Sprecherinnen, dem Präsidium des Abgeordnetenhauses, dem Regierenden Bürgermeister und dem jüngsten Ehrenbürger Berlins, meine Bücher so interpretiert zu haben, wie sie tatsächlich gemein sind.

Es macht mich zuversichtlich, dass demokratieerfahrene Politiker, die selbst wissen, was Angriffe sind, sich von dem, was im Vorfeld ablief, nicht beirren ließen. Das wäre in der DDR undenkbar gewesen, und ich weiß die Veränderung sehr wohl zu schätzen. Ziemlich unverändert dagegen erscheinen mir diejenigen, die sich immer noch nicht daran gewöhnen konnten, dass keine Geschichtsschreibung mehr einzig gültig ist - selbst wenn sie von ihnen stammt. Diese Auseinandersetzungen, in denen es nicht um willkommenen sachlichen Widerspruch, sondern um die Demontage der Glaubwürdigkeit des Andersdenkenden geht, zeigen, wie schwierig das Zusammenwachsen in dieser Stadt, in diesem Land immer noch ist. Dabei verläuft die Demarkationslinie der Konflikte längst nicht mehr einfach Ost-West, sondern bildet verschlungene, mitunter kuriose Mäander.

In diesem Haus hier, wurden 1979, vor meiner Zeit, unter skandalösen Umständen neun Kollegen aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen, weil sie nicht auf der Linie lagen, weil sie genau besehen zu links waren. Einer der Ausgeschlossenen, der bald danach in den Westen ging, rief mich dieser Tage an, um mir Mut zu machen und mir zu versichern, er sei aus dem „Autorenkreis der Bundesrepublik“ ausgetreten, weil dort genau das Ausgrenzungsklima herrsche, dessentwegen er erst die DDR verlassen habe. Ein anderer Ausgeschlossener bestärkte mich, nur nicht aufzugeben.

Die Versuchung war zugegebenermaßen groß, trotz des enormen Zuspruchs vieler Kollegen, Freunde und Leser. Schließlich glaubte ich, auch Louise Schröder verpflichtet zu sein, denn bei ihrer Ernennung zur Ehrenbürgerin haben einige CDU-Abgeordnete ebenfalls ziemlich quergelegen, was der bereits schwer kranken Frau wenige Wochen vor ihrem Tod zu schaffen machte, wie ich jetzt las.

Ich muß gestehen, dass ich von Louise Schröder wenig wusste, als ich von der Medaille erfuhr. Als sie Oberbürgermeisterin war, war ich noch nicht geboren und in meinen Schulbüchern kam sie nicht vor. Über Bersarin, Shukow oder Friedrich Ebert jun. hatten wir mehr erfahren. So gehört zum

Aufeinanderzugesehen auch, sich mit der Geschichte der vorenthaltenen Seite vertrauter zu machen. Doch die Deutungshoheit über diese Geschichte ist heiß umkämpft, nach dem Motto, wem die Geschichte gehört, dem gehört auch die Zukunft. Erst beim Nachlesen wurde mir klar, dass Louise Schroeder gar nicht nur eine Konsens-Frau war, sondern sehr wohl den Mut zum Anecken hatte, was sie mir natürlich sympathisch machte.

So opponierte sie in ihrer SPD-Basisorganisation gegen die Bewilligung der Kriegskredite im ersten Weltkrieg. Nein-Sagen in den eigenen Reihen gehört zum schwersten, diese Erfahrung habe ich schon in der DDR gemacht und sie hat sich in den letzten Jahren wiederholt.

Beeindruckt hat mich, wie Louise Schroeder angesichts der Bedrohungen durch die SA zögernde Genossen durch ihr Auftreten herausforderte, geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen: „Ich sage, ich gehe und stimme mit Nein, und wenn sie mich in Stücke reißen.“

Doch auch als Oberbürgermeisterin geriet sie verschiedentlich in Bedrängnis: als die westalliierten Militärgouverneure während der Blockade Berlins die westdeutschen Länderchefs auf dem Rittersturz bei Koblenz aufforderten, einen Dreizonenstaat zu bilden, appellierte Louise Schroeder als Vertreterin Berlins „nichts Endgültiges und Unwiderrufliches“ zu beschließen, sondern den provisorischen Charakter aller Entscheidungen in den Vordergrund zu stellen. Damit soll sie General Clay derart verärgert haben, dass dieser die Frage aufgeworfen habe, ob bei einer derartigen Einstellung die Luftbrücke noch aufrechtzuerhalten sei. Man sprach von einem „Rittersturz-Debakel“ der Berliner Oberbürgermeisterin.

Sie hat das ausgehalten. Warum sollte die Medaille, die ihren Namen trägt, nicht auch einige Sturz-Versuche überstehen? Leben war immer so, und es sieht nicht danach aus, als ob es sich in absehbarer Zeit ändern würde. Dass Entscheidungen, welcher Art auch immer, Auseinandersetzungen vorausgehen, ist selbstverständlich. Allerdings gehe ich immer noch davon aus, dass praktizierte Demokratie sich darin erweist, dass eine Mehrheitsentscheidung schließlich akzeptiert wird, auch von der unterlegenen Minderheit. Einige können es aber offenbar nicht lassen, eine demokratische Entscheidung, bei der sie den kürzeren gezogen haben, auf andere Weise zu torpedieren. Das Stehvermögen der hier versammelten sozialdemokratischen und sozialistischen Politikerinnen und Politiker wird dazu beitragen, dass sich das Mittel der Unterstellungen und Falschzitate künftig selbst denunzieren wird - und dafür danke ich von Herzen.

Louise Schroeder hat ihr soziales Engagement immer auch mit gesellschaftspolitischen Zielstellungen verbunden, etwa wenn sie darauf bedacht war, dass die knappen Güter in Berlin „allen gleichermaßen“ zugute kommen müssten und sie hinzufügte: „Deshalb sind Demokratie und Sozialismus untrennbar. Die Durchsetzung dieser beiden Ideen sichert uns unser Leben.“ Sinngemäß habe ich das gleiche ausgedrückt, als ich schrieb „Ein System, in dem die bürgerlich-freiheitlichen und die modernen sozialen Menschenrechte

garantiert sind, hat es noch nicht gegeben. Sich einer solchen Zivilgesellschaft zumindest annähern zu wollen, ist eine Utopie, für die sich der Einsatz lohnt“

An einen intensiven Einsatz für eine demokratische Zivilgesellschaft in diesem Haus hier, erinnere ich mich gut. Sieben Monate lang tagte die 40köpfige, erste unabhängige Untersuchungskommission am Ende der DDR, deren stellvertretende Vorsitzende ich sein durfte, im Roten Rathaus. Wir untersuchten die Übergriffe von Polizei und Staatssicherheit auf friedliche Demonstranten im Oktober `89 hier in Berlin. Wir begannen die öffentliche Arbeit im überfüllten Abgeordnetensaal, tagten dann jeden Montag im Großen Sitzungssaal und zwischendurch in Arbeitsgruppen. Im Auftrage der Opfer befragten wir hier den Polizeipräsidenten und den Berliner Stasi-Chef, Schabowski und Krenz, wir hatten sogar die Kompetenz, Erich Mielke in der Haftanstalt zur Rede zu stellen. 150 Stunden Tonbandmitschnitte existieren aus dieser Zeit. Die Abgeordneten, Senatoren und Bürgermeister mögen mir nachsehen, wenn ich daran erinnere, dass, bevor sie hier einzogen, und damit sie hier einziehen können, zunächst die Bürgergruppen und Untersuchungskommissionen das Haus in Besitz genommen hatten.

Über diese Arbeit erschien schließlich im Basis-Druckverlag das von mir mitherausgegebene Buch „Und diese verdammte Ohnmacht“, ein Titel, der angesichts der Finanzsituation in dieser Stadt wohl wieder brauchbar wäre. Denn die notwendige Debatte über die Vergangenheit darf ja nicht unsere Kraft für die heutigen Probleme blockieren. Ich habe unter Emanzipation übrigens nie verstanden, gegen Männer zu kämpfen, sondern sich in die von ihnen dominierten Themen einzumischen und dann gemeinsam vorzugehen.

In meiner Eigenschaft als relativ neugewähltes Beiratsmitglied der ältesten Bürgerrechtsorganisation der Bundesrepublik, der Humanistischen Union, haben sich einige Frauen aus dem Umfeld von attac, kirchlichen Einrichtungen und Gewerkschaften an mich gewandt, um gemeinsam zu diskutieren, wie wir als besorgte Berliner Bürgerinnen für unsere Stadt, die jetzt fast pleite ist, aktiv werden können. Ein Vorschlag leuchtete mir in seiner Pragmatik gleich ein. Und da hier gerade einige Abgeordnete zuhören, will ich abschließend die Chance nutzen, und diese Überlegung nur zu bedenken geben. Vielleicht ist das auch alles bereits erwogen worden - gehört haben wir davon nichts.

Es geht jetzt also darum, wie die von uns allen zu tragenden, weiteren Verluste der Bank zu minimieren sind, wie man also aus dem Teufelskreis von Konkurs oder künftigen Risiken wenigstens ein wenig ausbrechen könnte. Wie vermeidbar ist, dass elementare kulturelle und soziale Leistungen in der Stadt entfallen, nur weil die Gewinngarantien der angeblich 70 000 Zeichner von abenteuerlichen Immobilienfonds noch über 25 Jahre erfüllt werden müssen? Warum sollen alle anderen Opfer bringen, nur nicht die Fondanleger? Die zum größten Teil, wie ich zu ihren Gunsten annehmen möchte, in dem Glauben gezeichnet haben, nicht nur sich, sondern auch der Stadt einen Gefallen zu tun?

Warum werden nicht auch mit ihnen Gespräche über einen Sozialpakt und über Verzichte geführt, die sie ohne Not erbringen könnten? Zumal sie ihre Einlagen über Steuervergünstigungen oft schon jetzt wieder herausgeholt haben. Ja, warum könnte nicht auch gesetzlich geregelt werden, dass die Anleger, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihrer Fonds, höchstens soviel herausbekommen, wie sie eingezahlt haben und weitere Ansprüche entfallen?

Das wäre zwar ein rückwirkender Eingriff in das hohe Rechtsgut der Renditesicherung, aber dieser wäre nicht nur durch die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes gedeckt, sondern auch durch die Rechtsprechung der letzten Jahre. So hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 4.12.1995 festgestellt: „Sogar die völlige Beseitigung bisher bestehender, durch die Eigentumsgarantie geschützter Rechtspositionen kann unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sein... Die Gründe des öffentlichen Interesses müssen so schwerwiegend sein, dass sie Vorrang haben vor dem Vertrauen des Bürgers auf den Fortbestand seines Rechts“. Und das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 23.11.99 ergänzt: „Ferner kommt ein Vertrauensschutz nicht in Betracht, wenn überragende Belange des Gemeinwohls, die dem Prinzip der Rechtssicherheit vorgehen, eine rückwirkende Beseitigung von Normen erfordern“.

Bei diesen Urteilen zu echter Rückwirkung handelte es sich bisher allerdings um eher minderbemittelte, zumal ostdeutsche Betroffene. Es wäre doch ein in der Bevölkerung wohl verstandenes, rot-rotes Signal, diesmal denen näher zu treten, deren Hauptsorgen günstige Steuerabschreibungen sind. Das öffentliche Interesse ist jedenfalls schwerwiegend. Und ich behaupte - Louise Schroeder wäre dafür gewesen. Die auf die Stadt zukommenden Probleme treffen längst alle gemeinsam und werden nur im Engagement füreinander, nicht gegeneinander erträglich zu lösen sein. Das gilt für Parteien genauso wie für Bürgerrechtler und selbst für Autoren. Überbieten wir uns nicht in gezielten Schlägen, sondern in gezielten Vorschlägen. Ich will meinen Dank für die Auszeichnung mit der Zusicherung verbinden, dass mit mir weiter zu rechnen ist.

# Daniela Dahn und der Louise-Schroeder-Preis

## Das wahre Leben im falschen

*Von Gunnar Decker*

Woher der Hass? Es war die Frage, mit der Stephan Hermlin in den Armen seiner Frau starb. Diese Frage bleibt. Ein aristokratischer Geist, der sich als ein „später Bürger“ und Kommunist gleichermaßen verstand, ein Kosmopolit, dem die Einheit der Nation immer ein ernstes Thema war - wie wird so einer zum Objekt des Hasses? Günter Gaus sprach auf der Gedenkveranstaltung im Berliner Ensemble davon, er sei „zu Tode gejagt“ worden. Schon im Sommer 1990 hatte Ulrich Greiner in der „Zeit“ das Kesseltreiben eröffnet. Es ging um die Delegitimierung der bis dahin auch im Westen hofierten DDR-Eliten: Christa Wolf, Stefan Heym, Heiner Müller, Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer... - alles keine Parteisoldaten, unabhängige Geister, Artisten, deren Kritik an der herrschenden SED-Politik radikal war. Warum gerade sie, das moralische Gewissen der Ostdeutschen, die, denen sie allein noch vertrauten, als sie den Nachrichten, Zeitungen und Funktionären längst kein Wort mehr glaubten? Gerade eben hatte es in der DDR die erste friedliche Revolution in der deutschen Geschichte gegeben, der „mündige Bürger“ war angetreten, die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen - da wurde auch schon das Zerrbild eines totalen Spitzelstaates an die Wand gemalt und bis heute wie eine Ikone der Überlegenheit der freiheitlichen Demokratie gehütet.

Daniela Dahn gehört zu denen, die beharrlich auf den bröckelnden Putz an dieser Wand zeigen. Sie spricht aus, was diesem vereinigten Gesamtdeutschland, das grundgesetzwidrig darauf verzichtete, sich eine neue Verfassung zu geben, gut tun würde: Erneuerung! Der Abschied nicht nur von untauglichen Strukturen (und davon gibt es viele), sondern auch von den bequemen Selbstbildern, jener Selbstzufriedenheit, die das Gegenteil von Denken ist: „Wir brauchen gravierende Veränderungen – ob man sie systemerhaltende Revolution oder systemüberwindende Reform nennt, ist mir völlig egal. Aber unter dem wird es nicht zu machen sein.“

Daniela Dahn kommt uns mit Fragen, die Bestehendes in Frage stellen - und hält das für ihre demokratische Pflicht. Fragen wie: „Wem gehört die Gauckbehörde?“ Darum wird sie in den Augen derer, die Antworten verwalten, zum Störfall. Eine „Schutzheilige der Unaufgeklärten“ hat sie Joachim Gauck genannt.

Wieder ist es Hass, der gegen eine Autorin verbreitet wird, die sich ihr Recht auf das freie Wort nimmt. Daniela Dahn provoziert. Ihre Fragen tun weh. So etwas will man nicht hören von einer aus dem Osten. Wer den Westen in seiner Selbstgefälligkeit provoziert, kann nur ein Ostalgiker, ein Antidemokrat, ein Ewiggestriger sein. Also, eine Eigensinnige mit Sinn für das, was der Gesell-

schaft not tut: Selbstbewusster Widerspruchsgeist als Voraussetzung für eine Einheit, die nicht nur abstrakt behauptet, sondern konkret gelebt werden muss. Eine Anwärterin auf den Louise-Schroeder-Preis! Schließlich habe die Autorin auch schon vor der Wende nach dem Grundsatz gelebt, „Schriftsteller seien nicht dazu da, Harmoniebedürfnisse der Gesellschaft“ zu erfüllen, schrieb die frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion Evrim Baba im Februar 2002 in ihrem Antrag an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Walter Momper.

Wer war Louise Schroeder? Eine Berliner SPD-Politikerin, die sich 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ verweigerte. Eine Frauenrechtlerin, die von 1946 bis 1951 Bürgermeisterin war in Berlin und in der Zeit, als Ernst Reuter wegen sowjetischen Einspruchs sein Amt nicht wahrnehmen konnte, auch dessen Amtsgeschäfte führte.

Seit 1998 wird der Preis an Frauen vergeben, die sich „besondere Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern“ erworben haben. Auf der Vorderseite der Louise-Schroeder-Medaille ist das Porträt Louise Schroeders geprägt, auf der Rückseite ihr Credo: „Die Menschen einander näher bringen, ihre Abneigung gegen die Diktatur stärken und ihnen helfen, soweit möglich.“

Bisherige Preisträgerinnen waren die Publizistin Carola Stern, die CDU-Politikerin Hanna-Renate Laurien und der Süd-Ost-Europa-Kulturverein. Carola Sterns Biografie zeigt ein Leben im Schatten des Krieges, voller Brüche und Irrtümer. Hanna-Renate Laurien bekam den Preis (bei Stimm-Enthaltung der PDS) nicht als Parteipolitikerin, sondern u.a., weil sie sich als Katholikin gegen Widerstände für ledige Mütter einsetzte. Die antikommunistische Polemik Lauriens stand der Preisverleihung dabei nicht im Wege.

Ein anderes Maß aber wird bei - polemischen - Frauen aus dem Osten angelegt. So verhinderte die CDU eine Kandidatin Regine Hildebrandt, offenkundig als Revanche dafür, dass diese aus Protest gegen eine große Koalition von SPD und CDU die Landesregierung verlassen hatte und keinen Hehl daraus machte, dass sie eine Koalition der SPD mit der PDS gewollt habe. Als offizielle Begründung wurde angeführt, es fehle der „Berlin-Bezug“ im Leben der Berlinerin Regine Hildebrandt. Dieser Boykott einer Preisverleihung an die todkranke Regine Hildebrandt bleibt als Spiegel der im moralischen Sumpf versinkenden Berliner CDU unvergessen.

In einem Mehrheitsbeschluss des Parlamentspräsidiums stimmten SPD und PDS für Daniela Dahn als Kandidatin. CDU, FPD und Grüne stimmten dagegen oder boykottierten die Abstimmung. Nun begann eine an Hysterie grenzende Kampagne gegen Daniela Dahn, über die Sabine Kebir im „Freitag“ (19. April 2002) schrieb: „Ich kann mir kein anderes demokratisches Land vorstellen, in dem eine von einer Kommission des Parlaments beschlossene Preisverleihung zu dermaßen undemokratischen Verhaltensweisen führt.“ Der CDU-Pressedienst brachte eine Erklärung heraus, in der Frank Steffel das Fernbleiben der CDU-Fraktion beim Festakt begründete: „Dahn steht nicht

nur im Verdacht, dem Grundgesetz nicht gerade treu gesonnen zu sein, sie zog auch schon in Zweifel, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Das ist eine Verhöhnung der Opfer der SED-Diktatur.“ So ist das, mit ein paar Klischees ist ein Weltbild zusammengezimmert. Hier der Rechtsstaat, da der Unrechtsstaat. Daniela Dahn: „Die DDR war kein Rechtsstaat im Sinne eines modernen Verfassungsstaates. In der DDR ist Unrecht geschehen. Ab wieviel Unrecht ist ein Staat ein Unrechtsstaat?“ Der Verzicht auf Differenzierung dagegen endet immer in Mythologisierung. Gehört es denn zum aufgeklärten Bewusstsein einer lebendigen Demokratie, Bekenntnisse abzufordern?

Da offenbart sich dann der Kern der Vorwürfe gegen Daniela Dahn, die, wie jeder weiß, nie nach politischer Konformität strebte, 1989 zu den Mitbegründern des „Demokratischen Aufbruchs“ gehörte und als Mitglied der ersten unabhängigen Untersuchungskommission der DDR an der Aufklärung von Polizeieübergreifen auf friedliche Berliner Demonstranten am 7. Oktober 1989 beteiligt war. In Bürgersinn bedarf Daniela Dahn wahrlich von keiner Partei Nachholunterricht. Der Kern aller Vorwürfe: Die Relativierung des „Unrechtsstaates“ DDR. In ihrem Text über die Waldheim-Prozesse „Eine beispiellose Tragödie?“ (1998) lesen wir dazu: „Im Westen höre ich im Zusammenhang mit dem Rückblick auf die DDR- Geschichte oft: ‚Schuld steht für sich. Vergleiche verharmlosen. Man darf Schuld nicht relativieren.‘ Das ist natürlich Unsinn. Man darf alles relativieren, also in Relationen sehen. Keine Denkvorschriften bitte. (Rechtsprechung macht nichts anderes, als Schuld zu relativieren.) Wer Vergleiche und Analogien scheut, hat etwas zu verbergen.“ Nur so, sich selbst höchst gegenwärtig in Beziehung zur Geschichte setzend, kann man sie verstehen. Das gerade ist bis heute das Hauptdefizit aller Rede des Westens über den Osten: er sieht ihn nicht als Teil seiner eigenen Geschichte an, sondern spaltet ihn als die „böse“ Kehrseite der eigenen, „guten“ Geschichte ab. Die Folge ist eine zum Himmel schreiende geistige Harmlosigkeit, eine Infantilisierung des „herrschenden“ gegenüber dem „geknechteten“ Bewusstsein, wie wir seit Hegels „Phänomenologie des Geistes“ wissen. Mit anderen Worten, der Verzicht auf die gern belächelte Dialektik treibt eine neue Metaphysik hervor, in der die Werte so festzementiert scheinen wie im mittelalterlichen Weltbild der Kirchen oder im kleinen Katechismus des Leninismus bei Stalin. Nur, dass sie heute wie eine ornamentale Hülle um die neoliberale Logik des sich selbst überlassenen Marktes auftritt. Nun muss man dies nicht mit Robert Kurz „finanzstalinistisch“ nennen, aber wenn Daniela Dahn (Ost) dies zitiert, sollte das nicht unerhörter sein, als wenn Robert Kurz (West) es aufbringt. Ist es aber in der öffentlichen Wahrnehmung. Viviane Forresters „Der Terror der Ökonomie“ stand auf der Spiegel-Bestseller-Liste, aber ein Ostdeutscher hat vor allem dankbar, nicht kritisch zu sein. Das ist der bundesdeutsche Provinzialismus im Umgang mit den Ostdeutschen.

Ebenso erregt ihr Versuch, die Waldheim-Prozesse, dieses Kains-Mal der frühen DDR, über das schon Thomas Mann an Walter Ulbricht einen heutige

Leser immer noch erschütternden Brief schrieb (mit der Beschwörung: „Unbegnadet ist der starre Wahn...“), aus der Singularität herauszuheben und in den Zusammenhang europäischer Nachkriegsgeschichte zu stellen. Die furchtbare Rache der Opfer an den Tätern; das habe es auch in Form von Massenhinrichtungen von Kollaborateuren in Frankreich, Italien, Holland oder Belgien gegeben, wie Daniela Dahn akribisch recherchiert. Das nimmt die schwere individuelle Schuld keineswegs fort von den Waldheim-Richtern; aber es beleuchtet die ganze - uneingestandene - Hilflosigkeit und Untauglichkeit der juristischen „Aufarbeitung“ von Geschichte. Und natürlich darf man Daniela Dahn widersprechen, da, wo sie polemisch zuspitzt, provoziert sie ja geradezu Widerspruch. Aber Widerspruch ist etwas anderes als jene Denunziation, mit der sich der Westen den Umgang mit seinen ostdeutschen Kritikern allzu leicht macht. Bedient Daniela Dahn die „Wärmestuben des Sozialismus“? Dieser immer wieder kolportierte Vorwurf offenbart ein Weltbild aus lauter Hybris. Als hätten die Ostdeutschen nicht im Expresstempo die Umstellung ihres gesamten Alltags bewältigt, nicht rasend schnell die Spielregeln der neuen Gesellschaft lernen müssen, um zu überleben! Dass sie dabei auch einen Sinn für die Absurditäten dieser Spielregeln, wo sie offenkundig sind, bewahrt haben - ist etwa das kein Vorzug? Statt diese ost-(europäische) Erfahrung als einen Reichtum zu begreifen, lassen die Meinungsmacher der Bundesrepublik, in Selbstgerechtigkeit erstarrt, sie immer noch links liegen. Gert Appenzeller im „Tagesspiegel“ (15. Dezember 1998) über die alles dominierende Frage: „Es geht grundsätzlich darum, wie man mit der Politik der PDS umgeht.“ Das war 1998. Nun, vier Jahre und einige Wahlen weiter, sollte man meinen, sei der Blick nüchterner geworden. Das ist er nur teilweise. Der „Tagesspiegel“ kommentiert am 21. Februar 2002 den Kandidaten-Vorschlag Daniela Dahn als wäre der Kalte Krieg immer noch im Gange: „Die PDS-nahe Schriftstellerin hat sich in den vergangenen Jahren in ihren Schriften als Verklärerin der Verhältnisse in der DDR betätigt. Das hat sie schon vor zwei Jahren als Verfassungsrichterin in Brandenburg disqualifiziert. Ihre Verdienste für Berlin sind nicht zu erkennen, eher ist die Verleihung geeignet, den Unmut über eine rot-rote Selbstherrlichkeit zu verstärken.“

Hier wird Geschichte alleinig auf ein Opfer-Täter-Schema projiziert, versimpelt zu einem moralinsauren Rollenspiel. Natürlich hat es Opfer gegeben. Aber, wer darauf besteht, lebenslang als Opfer angesprochen zu werden, der muss am Ende dafür sorgen, dass ihm auch die Täter nicht ausgehen. Sieht man sich deutsche Familiengeschichten der Nachkriegszeit an, wird man fast in jeder von ihnen - nicht nur im Osten auch im Westen - Situationen konstatieren, wo jemand das Opfer von Unrecht geworden ist. Wollte man alles einmal erfahrene Unrecht – mittels Justiz - aus der Welt schaffen, man könnte sich um Gegenwart und Zukunft gar nicht mehr kümmern. Es war Ernst Jünger, der sagte, er fände es obszön, mit erlittenem Unrecht hausieren zu gehen. Und Christoph Hein urteilte angesichts von Kleists Michael Kohlhaas, es sei besser,



Unrecht zu erleiden als Unrecht zu tun. Das wiederum ist nicht die Kleist-Lesart Daniela Dahns, die für den beharrlichen Willen Kohlhaas, sich Recht zu verschaffen, einige Sympathien besitzt, wie sie in ihrem Text „Der Teufelskreis der Geschichte - Ein Plädoyer für Michael Kohlhaas“ (1997) schreibt. Jedoch: „Opfern, um Opfer zu vermeiden – der Teufelskreis von Geschichte... Immer hat der Kampf um Gerechtigkeit neue Ungerechtigkeit geschaffen.“ Dieses Gespür für die folgenreiche Dialektik in der Geschichte lässt Daniela Dahn auch jene ihrer Kritiker verstehen, die sich heute, etwa im CDU-nahen „Autorenkreis der Bundesrepublik“, darin bestätigen, sie nicht zu verstehen. Dem „Autorenkreis“ gehören nach den Worten seines Mitglieds Jochen Stadt „mehrere ehemalige DDR-Schriftsteller an, die das Land verlassen mussten, Schreibverbot hatten oder wegen ihrer oppositionellen Haltung in die Gefängnisse gesperrt wurden.“ Mitglieder sind Lutz Rathenow und Freya Klier, aber auch Arnulf Baring und Lea Rosh. Der Kreis wirft Dahn „publizistischen Poker, historische Weichzeichnerie und Lüge“ vor. Die Auszeichnung mit der Louise-Schroeder-Medaille sei ein „Affront gegen all jene, die seit einem Jahrzehnt fundierte Aufklärung gegen deutsche Diktaturen leisten“, so Jochen Stadt in der FAZ.

Ist Aufklärung also etwas, das einem exklusiven Kreis jener vorbehalten bleibt, der sich moralisch - als Opfer! - dazu legitimiert fühlt? Es hat schon einmal eine Generation von Opfern gegeben, die 1945 aus den Konzentrationslagern und der Emigration kam und die, nun den Staat DDR regierend, in ihrer eigenen Opfer-Rolle gefangen bleibend, immer mehr den Blick für die Realitäten verlor. Daniela Dahn beschreibt die späte DDR so: „Samtpfötige Diktatur? Kommode Diktatur? Vielleicht treffender: eine sklerotische, zahnlose, altersschwache Diktatur, mit kindlichen, lächerlichen Zügen, deren Altersstarrsinn allerdings unberechenbar blieb... Durch Druck von außen und eigene Schwäche war sie zu einer samtpfötigen Diktatur geworden.“ Das sind präzise Beobachtungen, keine „Verharmlosungen“, jedoch das Gegenteil jener Dämonisierung, die blind und taub macht. Die Einsicht, die sie - in der Umkehrung von Adornos Diktum - mit Albert Camus teilt: „Letztlich gibt es nichts anderes als wahres Leben im falschen. Auch heute.“

*Gunnar Decker ist Publizist in Berlin*



*Louise Schroeder, Dezember 1946*

## Louise Schroeder

*Geboren am 2. April 1887 in Altona bei Hamburg*

*Gestorben am 4. Juni 1957 in Berlin*

Louise Schroeder wuchs in einer sozialdemokratischen Familie auf. Die Mutter war Gemüsehändlerin, der Vater Bauarbeiter. Sie besuchte die achtklassige Mädchen-Mittelschule und anschließend die kaufmännische Gewerbeschule für Mädchen. Sobald es erlaubt war, sich als Frau politisch zu engagieren, trat sie in die SPD ein, war aktives Mitglied des Ortsvereinsvorstandes und wurde in den Bezirksvorstand der SPD Schleswig-Holstein gewählt. Sie gehörte zu den ersten Frauen, die 1919 in die Nationalversammlung gewählt wurden. Ihr Wirkungsfeld war vor allem die Sozialpolitik und sie gehörte zu den Mitbegründern der Arbeiterwohlfahrt. Die Machtergreifung der Nazis beendete ihre politische Arbeit. Als bekannte Sozialdemokratin war sie ständigen Schikanen ausgesetzt. Arbeitslos geworden eröffnete sie einen Brotladen, doch die Faschisten vertrieben ihre Kundschaft. Schließlich fand sie in Berlin Arbeit und Unterstützung in einer Baufirma.

1945 gehörte sie zu den ersten sich sammelnden Sozialdemokraten, war Mitglied im Zentralausschuss und setzte ihre sozialpolitische und frauenpolitische Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin fort. 1946 wurde sie zur Bürgermeisterin und Stellvertreterin des Oberbürgermeisters gewählt. Von 1947 bis 1948 war sie Amtierende Oberbürgermeisterin und damit die erste Frau, die eine Landesregierung leitete. Danach war sie wieder als Bürgermeisterin tätig, schließlich wurde sie Präsidentin des Deutschen Städtetages, Deutsche Delegierte des Europarates und Abgeordnete des Bundestages.

Louise Schroeder wurde als tatkräftige und aufrichtige Politikerin geschätzt. Von Beginn ihrer politischen Arbeit an setzte sie sich für die Benachteiligten der Gesellschaft ein. „Selbstbewusst und fordernd“, so ihre Zeitgenossen, machte sie sich stark gegen Arbeitslosigkeit und für mehr Arbeitsschutz, für die Chancengleichheit von Männern und Frauen und gegen die Diskriminierung von unverheirateten Müttern. Sie war standhaft und prinzipienfest. Als amtierende Bürgermeisterin genoss sie das Vertrauen der Alliierten. Als die Stadt in Schutt und Asche lag, gelang es ihr, die Not der Berlinerinnen und Berliner zu lindern. Für ihr vielfältiges politisches Wirken wurden ihr zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil. Sie genoss hohes Ansehen im In- und Ausland und ihre Popularität unter der Berliner Bevölkerung war groß. Sie erhielt als erste Frau in der Geschichte Berlins die Ehrenbürgerrechte.



# Die ausgefallene Ehrung

von Gesine Löttsch

Über Fraktionsgrenzen hinweg setzten 1997 die frauenpolitischen Sprecherinnen Anita Knobloch (CDU), Ulrike Neumann (SPD), Elke Herer (PDS) und Ingrid Lottenburger (Bündnis90/Die Grünen) gemeinsam die Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille durch. Die Frauenpolitikerinnen waren es auch, die weitgehende Verständigung über die ersten Preisträgerinnen erzielten.

Finden Frauen einen Konsens, wenn alle anderen keinen finden? Und ist das überhaupt gewollt? So manche Frage stellte sich spätestens seit der Diskussion um die Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille im Jahre 2001.

Als sich Anfang des Jahres eine Findungskommission aus Präsidiumsmitgliedern und frauenpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen auf einen gemeinsamen Vorschlag für die Ehrung einigen sollte, zeichnete sich die Krise der Großen Koalition aus SPD und CDU bereits ab. Die SPD wollte sich von der CDU trennen, hatte sich aber noch nicht entschieden, wann und wie sie es tun sollte. Alle vier Parteien – CDU, SPD, PDS und Grüne – wussten, dass sich ihr Verhältnis untereinander neu ordnen würde, aber noch war nicht klar, wie. Erst am 16. Juni 2001 wurden die CDU-Senatoren des Diepgen-Senat mit den Stimmen von SPD, PDS und Grünen abgewählt und ein Übergangssenat wurde eingesetzt.

Zu den schwierigen Diskussionen um eine geeignete Preisträgerin für die Louise-Schroeder-Medaille trug vor allem die Tatsache bei, dass das Vorschlagsrecht diesmal bei der PDS lag. Während SPD und Grüne dies akzeptierten, taten sich die Vertreterinnen der CDU schwer damit. Der Vorschlag, den die PDS zunächst machen wollte, war bereits Jahre zuvor unter den „Müttern“ der Medaille einmal besprochen worden. Wir wollten jedoch vermeiden, dass diese Persönlichkeit nach vielen öffentlichen Diskussionen um ihre Person und ihre Rolle in der DDR durch neuerliche Debatten Schaden nimmt.

Die PDS schlug daraufhin Regine Hildebrandt, die populäre SPD-Politikerin, vor. Nach langen, kontroversen Diskussionen stimmte die Findungskommission dem Vorschlag mehrheitlich zu. Zu entscheiden hatte das Präsidium. Die Ablehnung der CDU folgte prompt. Auch der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses, Reinhard Führer (CDU), enthielt sich nicht der Stimme und votierte gegen den Vorschlag. Zum Zünglein an der Waage wurde aber die einzige Vertreterin der Grünen im Präsidium, Claudia Hämmerling. Letztlich scheiterte an ihrem Stimmverhalten der Präsidiumsbeschluss für Regine Hildebrandt. Obwohl alle Sitzungen nicht öffentlich stattfanden, war die Presse in kürzester Zeit bis ins Detail informiert. Die Reaktionen waren heftig und schnell. Eine scharfe Rüge kam vom Ex-Bürgermeister Berlins und Bundespräsidenten a.D., Richard von Weizsäcker. Bundespräsident Rau reagierte prompt mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Regine Hildebrandt. Die

Berliner Politik hatte sich wieder einmal blamiert. Die streitbare ostdeutsche Politikerin nicht geehrt zu haben, wurde zum Versäumnis, das vom Berliner Parlament durch den Tod von Regine Hildebrandt nicht mehr gut zu machen ist.

Warum es so schwer war, eine streitbare, ostdeutsche Frauen zu würdigen, steht bis heute im Raum. Die ausgefallene Ehrung und ihre Geschichte scheint jenseits aller parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht zuletzt auch ein Abbild dessen, wie die Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft verstanden wird. Kandidatinnen zu finden, die in einem Kuratorium künftig Konsens sind, wird nicht leicht sein. Allein den Wunsch nach allgemeiner Harmonie zu Grunde zu legen, ist sicher nicht im Sinne Louise Schroeders. Bleibt zu hoffen, dass die Frauen des neu zu schaffenden Kuratoriums Mut und Kraft haben, ihr eigenes, unabhängiges Bild von geeigneten und zu würdigenden Kandidatinnen zu vertreten.

*Dr. Gesine Löttsch ist Mitglied des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin.*

# Die Einigung nach der Blamage

von Martina Michels

Der blamable Streit um die Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille im Abgeordnetenhaus von Berlin hat nicht nur dem wichtigen politischen Anliegen und dem Ansehen dieser Auszeichnung geschadet, er hat zugleich die Grenzen der bisherigen Verfahrensregelung zur Vorschlagsfindung deutlich gemacht. Um bei der nächsten Medaillenverleihung nicht wieder vor denselben Fragen und Problemen zu stehen, hat das Präsidium des Abgeordnetenhauses Mitte des Jahres eine Kommission aus Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen beauftragt, eine tragfähige Variante zum Vergabeverfahren auszuarbeiten.

Es sollte von Anfang an eine transparente und parteiübergreifende öffentliche Diskussion über geeignete Vorschläge ermöglichen. Der fraktionsübergreifende Kompromiss wird im September diesen Jahres in einem Antrag aller Fraktionen dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur Beschlussfassung vorgelegt.

Künftig soll die Medaille alljährlich zum 2. April, dem Geburtstag Louise Schroeders, von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses verliehen werden. Das Abgeordnetenhaus tritt damit in die Stiftungsnachfolge des Regierenden Bürgermeisters. Die Öffentlichkeit soll künftig in die Findungsdebatte einbezogen sein, indem Bürgerinnen und Bürger Berlins aufgerufen werden, sich mit Vorschlägen und Anregungen an das Abgeordnetenhaus zu wenden.

Um die Diskussion über Parteigrenzen hinweg zu öffnen, wird ein Kuratorium gegründet, in dem neben Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Fraktionen des Abgeordnetenhauses zugleich Persönlichkeiten vertreten sind, die nicht dem Parlament angehören. Das Benennungsrecht obliegt den Fraktionen nach einem festgelegten Schlüssel. Aufgabe dieses Kuratoriums soll es sein, bei seiner Entscheidungsfindung die Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden, Vereinen u.a. zu würdigen sowie seinen Entscheidungsvorschlag zu begründen. Dieser Vorschlag ist dem Präsidium des Abgeordnetenhauses zur Beschlussfassung zu übergeben. Die Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Abgeordnetenhauses wird als würdiges gesellschaftliches und politisches Ereignis gestaltet.

Die Kommission regt darüber hinaus an, eine breitere öffentliche Diskussion über inhaltliche Schwerpunkte des politischen und persönlichen Vermächtnisses von Louise Schroeder, der Parlamentarierin und späteren Oberbürgermeisterin von Berlin, ins Leben zu rufen. Die Form eines Symposiums oder einer öffentlichen Veranstaltungsreihe wäre dazu geeignet.

Ob sich das neue Vergabeverfahren in der Praxis als tragfähig erweist, wird wesentlich vom politischen Willen und der Kompromissfähigkeit aller Beteiligten abhängen. Zugleich wächst die öffentliche Verantwortung in der gemeinsamen Debatte um Personenvorschläge.

Es wäre wünschenswert, wenn sich künftig viele Bürgerinnen und Bürger einmischen und zu Wort melden würden. Das entspräche am besten dem persönlichen und politischen Lebenswerk von Louise Schroeder.

*Martina Michels ist Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin.*



### Stiftung einer Louise-Schroeder-Medaille

Der Regierende Bürgermeister wird gebeten, eine Louise-Schroeder-Medaille zu stiften und diese alljährlich zum 2. April – dem Geburtstag Louise Schroeders – einer Persönlichkeit oder Institution zu verleihen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in herausragender Weise Rechnung trägt. Louise Schroeder stand insgesamt für Demokratie, für Frieden, soziale Gerechtigkeit und für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Entscheidung soll von einem Gremium, dessen Mitglieder vom Parlament berufen werden, vorbereitet und begründet werden. Dieses Gremium umbringt einen entsprechenden Vorschlag. Die Verleihung der Medaille durch den Regierenden Bürgermeister sollte mit einem Ehrenpreis verknüpft sein.



## Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

über Stiftung einer Louise-Schroeder-Medaille

– Drs Nr. 13/1543 –

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 10. April 1987 folgendes beschlossen:

„Der Regierende Bürgermeister wird gebeten, eine Louise-Schroeder-Medaille zu stiften und diese alljährlich zum 2. April – dem Geburtstag Louise Schroeders – einer Persönlichkeit oder Institution zu verleihen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung trägt. Louise Schroeder stand insgesamt für Demokratie, für Frieden, soziale Gerechtigkeit und für die Gleichhaltung von Frauen und Männern. Die Entscheidung soll von einem Gremium, dessen Mitglieder vom Parlament berufen werden, vorbereitet und begründet werden. Dem Gremium unterbreitet einen entsprechenden Vorschlag. Die Verleihung der Medaille sollte mit einem Ehrenpreis verknüpft sein.“

Hierzu wird berichtet:

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 17. Februar 1988 die in der Anlage beigefügte Allgemeine Anweisung über die Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille erlassen, die zuvor mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses abgestimmt worden ist.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 19. Februar 1988

Der Senat von Berlin  
Eberhard Diepgen  
Regierender Bürgermeister

## Anlage

An die Mitglieder des Senats  
den Präsidenten des  
Abgeordnetenhauses

**Allgemeine Anweisung über die Stiftung  
der Louise-Schroeder-Medaille**

Vom 17. Februar 1998

Auf Grund des § 4 Abs. 1 AZG wird bestimmt:

## § 1

- (1) Der Regierende Bürgermeister von Berlin stiftet zum Andenken an die Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schroeder für besondere Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern die Louise-Schroeder-Medaille.
- (2) Die Medaille kann an Persönlichkeiten oder Institutionen verliehen werden, die dem politischen und persönlichen Verdienst der Louise Schroeder in hervorragender Weise Rechnung tragen.

## § 2

Die Louise-Schroeder-Medaille bildet auf der Vorderseite Louise Schroeder ab, auf der Rückseite gibt sie den (verkürzten, Anklängen kursiv) Ausspruch Louise Schroeders wieder:

*„Wenn ich als Frau eine besondere Aufgabe erfüllen konnte, so war es die, Die Menschen einander näher bringen, ihre Abneigung gegen die Diktatur zu stärken und ihnen zu helfen, soweit dies möglich war.“*

## § 3

- (1) Die Louise-Schroeder-Medaille wird vom Senat von Berlin verliehen.
- (2) Die Entscheidung über die Verleihung wird vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorbereitet und begründet.
- (3) Die Bürgerinnen und Bürger Berlins sind berechtigt, Auszeichnungsvorschläge an das Abgeordnetenhaus oder den Senat von Berlin zu geben.

## § 4

- (1) Die Louise-Schroeder-Medaille wird jeweils am 2. April des Jahres (Geburtstag Louise Schroeder) verliehen.
- (2) Auszeichnungsempfänger erhalten zur Medaille eine Urkunde, die das große Dienststempel des Landes Berlin trägt, mit der Unterschrift des Regierenden Bürgermeisters.

## § 5

Diese Verwaltungsverordnungen treten am 2. April 1998 in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 1. April 2008 außer Kraft.

**LOUISE-SCHROEDER-MEDAILLE FÜR CAROLA STERN****Parlamentsvizepräsidentin Marianne Brinckmeier hält die Laudatio**

Mit der erstmaligen Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille wird Berlin die Bedeutung der politischen Arbeit von Frauen im demokratischen Rechtsstaat hervorheben und das Andenken an die frühere Berliner Abgeordnete und Oberbürgermeisterin würdigen. Die Auszeichnung wird am Montag, dem 7. September, um 11.00 Uhr im Berliner Rathaus durch den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen an die Schriftstellerin und Publizistin Frau Prof. Carola Stern überreicht. Die Laudatio wird die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Marianne Brinckmeier, halten.

Die Stiftung der Medaille durch den Senat geht auf einen Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 10. April 1997 zurück. Die Ehrung von Carola Stern erfolgt auf Anregung und im Einverständnis der frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen des Parlaments. In der Begründung des Vorschlags hatten die frauenpolitischen Sprecherinnen hervorgehoben, Carola Stern werde dem Vermächtnis Louise Schroeders, die Menschen einander näherzubringen, ihre Abneigung gegen die Diktatur zu stärken und ihnen zu helfen, in herausragender Weise gerecht. Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern seien bestimmende Elemente ihrer wissenschaftlichen, publizistischen und gesellschaftspolitischen Tätigkeit. Carola Stern habe maßgeblich die öffentliche Meinung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geprägt.

Die Louise-Schroeder-Medaille, die von dem Berliner Bildhauer und Medailleur Wilfried Fitzenreiter gestaltet wurde, soll künftig jeweils zum 2. April, dem Geburtstag Louise Schroeders, verliehen werden.

**LOUISE-SCHROEDER-MEDAILLE AN DR. HANNA-RENAE LAURIEN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Am Mittwoch, 21. April, 17.00 Uhr, wird der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen im Berliner Rathaus, Wappensaal, Dr. Hanna-Renate Laurien die Louise-Schroeder-Medaille verleihen.

Anderthalb Jahrzehnte hat Dr. Hanna-Renate Laurien in Berlin politische Wahlämter ausgeübt und die demokratische Entwicklung Berlins aktiv mitgestaltet.

Als Senatorin und Bürgermeisterin hat sie sich mit Umsicht und Tatkraft insbesondere für die Bildungspolitik engagiert und der jungen Generation neue Perspektiven gegeben. Ihre christliche Nächstenliebe bestimmte stets auch ihr politisches Handeln, das sich durch Bürgernähe, Unabhängigkeit, Mut, Transparenz und große Offenheit auszeichnete. Als Abgeordnete und Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin hat sie sich engagiert und erfolgreich für die Glaubwürdigkeit der Politik eingesetzt.

## Landespressedienst

Wort: 0,594/2000  
Nr.: 08

### LOUISE-SCHROEDER-MEDAILLE FÜR "SÜDOST EUROPA KULTUR E.V."

Auszeichnung auf Empfehlung des Parlamentarischen

Ausschusses für soziale Engagement: Auf Empfehlung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin wird der "Südost Europa Kultur e. V." in Koblenz mit der diesjährigen Louise-Schroeder-Medaille ausgezeichnet. In Anerkennung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, Rainerud Pihner, und der fruchtbarsten sprachlichen die Funktionen sind der Regierende Bürgermeister Ekkehard Diekmann am Donnerstag (16.4.) um 14.00 Uhr im Karl-Liebknecht-Museum überreicht. Die Laudatio hält die Vorsitzende des Landestagesrates, Helga Korfhaus.

Der 1991 gegründete Verein erhält die Auszeichnung in Anerkennung seiner Verdienste um Deutschland, Polens, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit seiner Hauptaufgabe ist die Verneidung des Nationalismus aufzuführen: Die Menschen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks zu unterstützen. Zu seinen Aktivitäten gehören Kulturveranstaltungen, Beratung und psychologische Hilfe, Unterstützung der Schul- und Berufsausbildung junger Flüchtlinge sowie Rückkehr- und Aufbauprojekte.

Die Louise-Schroeder-Medaille erinnert an die frühere Oberbürgermeisterin von Berlin (Mai 1947 – Dezember 1948), die durch ihre sorgfältige Ausübung erfolgreich zur Linderung der großen Not im Nachkriegs-Berlin beigetragen und sich selbst ebenso durch unermüdliches materielles Engagement und durch die Erlangung für die Gleichstellung von Männern und Frauen auszeichnete. Louise Schroeder, geboren am 2. April 1887, verstarb am 4. Juni 1954, wurde durch Abgeordnetenhaus und Senat am 2. April 1957 postum zur Ehrenbürgerin von Berlin ernannt.

---

Kontakt: Press- und Informationsbüro Abgeordnetenhaus von Berlin  
10117 Berlin (Mitte) – Telefon: (30) 20 25 1851 / Fax: 20 25 1058

Web-Adresse: [www.abgeordnetenhaus-berlin.de](http://www.abgeordnetenhaus-berlin.de) / Redaktion: Petra Sietz

## Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### über Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stiftet zum Andenken an Louise Schroeder, 1946 Stadtverordnete, später Stellvert. Oberbürgermeisterin und 1948 Oberbürgermeisterin von Berlin, eine Louise-Schroeder-Medaille.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses verleiht diese Medaille alljährlich zum 02. April - dem Geburtstag Louise Schroeders - einer Persönlichkeit oder Institution, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung trägt und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben hat.

Die Bürgerinnen und Bürger Berlins werden rechtzeitig vor jeder Verleihung aufgerufen, sich mit entsprechenden Vorschlägen oder Anregungen an das Abgeordnetenhaus zu wenden.

2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin tritt damit als Stifter in die Nachfolge des Regierenden Bürgermeisters, der mit Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 10. April 1997 (Drs 13/1543) um die Einrichtung einer solchen Stiftung geboten worden war. Es bittet den Regierenden Bürgermeister, seine Stiftereigenschaft an das Abgeordnetenhaus zurückzugeben und seine "Allgemeine Anweisung über die Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille" vom 17. Februar 1998 außer Kraft zu setzen.

3. Den Entscheidungsvorschlag über die Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille trifft ein "Kuratorium-Louise-Schroeder-Medaille". Der Vorschlag hat sich an dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders zu orientieren. Das Kuratorium hat die Aufgabe, bei seiner Entscheidungsfindung die Vorschläge und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu würdigen und seinen Entscheidungsvorschlag zu begründen. Der Entscheidungsvorschlag bedarf einer Mehrheit von Zweidritteln der Mitglieder des Kuratoriums.

Dieser Vorschlag ist unverzüglich dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zuzuleiten, der darüber die Entscheidung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses herbeiführt.

4. Das "Kuratorium-Louise-Schroeder-Medaille" wird zu Beginn jeder Wahlperiode vom Abgeordnetenhaus für die Dauer der Wahlperiode eingesetzt. In der 15. Wahlperiode soll die Einsetzung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen, die der Sitzung nachfolgt, in der dieser Beschluss gefasst wird.

5. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter/Stellvertreterinnen werden von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen benannt. Dabei haben Fraktionen mit mehr als

30 Mitgliedern das Benennungsrecht für je drei Mitglieder und die übrigen Fraktionen das Benennungsrecht für je zwei Mitglieder. Dabei sollen die Fraktionen, die das Benennungsrecht für je drei Mitglieder haben, je zwei Mitglieder benennen, die nicht dem Abgeordnetenhaus angehören; die übrigen Fraktionen je ein Mitglied, das nicht dem Abgeordnetenhaus angehört. Beim Ausscheiden eines Mitglieds hat die Fraktion das Benennungsrecht, die das ausscheidende Mitglied benannt hat. Nach dem Ende der Wahlperiode bleibt jedes Mitglied bis zur Neuwahl des Kuratoriums im Amt.

Das Kuratorium hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu genehmigen ist.

Für die Verfahrensweisen im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in entsprechender Anwendung.

Berlin, den

2002





## Biografie

**D**aniela Dahn, geboren in Berlin. Aufgewachsen und Abitur in Kleinmachnow. Volontärin bei DEFA und Fernsehen. Journalistik-Studium in Leipzig bis 1973. Fernsehjournalistin. Kündigung 1981, Rückzug aus der journalistischen Tätigkeit. Seit 1982 freie Schriftstellerin in Berlin. Im Herbst 1989 Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs“. Mehrere Vortragsreisen in den USA, writer in residence am Lafayette College in Pennsylvania, an der Bowling Green State University in Ohio und an der Sunderland-Universität in Großbritannien. Außerdem Lesungen und Teilnahme an Kongressen in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Russland, Indien, Venezuela, Schweden, Dänemark, Belgien, Ungarn, Polen, Schweiz, Österreich und der Tschechoslowakei.

Mitglied des PEN, der Program Advisory Group des Aspen Institute Berlin und des Beirates der Humanistischen Union. Erstunterzeichnerin der „Erfurter Erklärung“ vom Januar 1997. Stellvertretende Vorsitzende des Willy-Brand-Kreis e.V., Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission „Grundrechte und Globalisierung“.

### *Bücher*

- „Spitzenzeit“, Kurzprosa, Halle 1983, Reinbek 2000
- „Prenzlauer Berg-Tour“, Halle und Darmstadt 1987, Berlin 2001, Dokumentarische Prosa
- „Wir bleiben hier oder wem gehört der Osten“, Reinbek 1994, Politisches Sachbuch
- „Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit“, Berlin 1996, Essay
- „Vertreibung ins Paradies. Unzeitgemäße Texte zur Zeit“, Reinbek 1998, Essays
- „In guter Verfassung. Wieviel Kritik braucht die Demokratie?“, Reinbek September 1999, Essay und Dokumentation
- „Wenn und Aber. Anstiftungen zum Widerspruch“, Reinbek 2002

### *Hörspiele*

- „Auf dass wir klug werden“, SFB 1984
- „Warum ausgerechnet ich?“, BR 1986
- „Die Ehen der Hedwig B“, Südwestfunk 1988

## *Filme*

„Liane“, DEFA-Spielfilm nach O-Ton-Hörspiel, 1987

„Zeitschleifen - im Dialog mit Christa Wolf“, Dokumentarfilm mit Karl-Heinz Mund 1991

## *Feature*

„Das amerikanische Bethlehem“, DS-Kultur 1992

„Lieber Gott, mach mich bitte anders!“ DF 1993

## *Mitherausgeberin*

„Und diese verdammte Ohnmacht“, Report der Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin, Basisdruck 1991,

„Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung“, Heilbronn 1997

„In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“, Göttingen 2002

Mitarbeit an „Ossietzky“, Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft

## Quellenverzeichnis

Bettina Michalski Hg. vom Franz-Naumann-Archiv  
*Louise Schroeders Schwestern - Berliner Sozialdemokratinnen  
der Nachkriegszeit* Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Berlin, 1996

Renate Genth / Reingard Jäkl / Rita Pawlowski/  
Ingrid Schmidt-Harzbach ( † ) / Irene Stoehr Herausgegeben  
von der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen,  
Berlin *Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin  
der Nachkriegszeit 1945-1949* trafo verlag dr. wolfgang weist  
Berlin, 1996

*800 Jahre Berlin Ein historischer Service*  
„Berlin ehrt Persönlichkeiten“ Edition Luisenstadt  
(Internet-Fassung) 1998-2002 [www.luise-berlin.de](http://www.luise-berlin.de)

## Bildnachweis

Leon Müller Berlin-Brandenburg, Franz Naumann-Archiv	<i>Titel</i>
Burkhard Lange	<i>Titel</i>
Fotografenagentur Version-Foto	<i>Seite 7</i>
Stefan Hülzer	<i>Seite 8</i>
Franz-Naumann-Archiv	<i>Seite 27</i>

